



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Venezuela

2024

Die Präsidentschaftswahl im Juli 2024 war von heftigen Kontroversen begleitet. Parteien, die in Opposition zur Regierungspartei von Nicolás Maduro bei der Wahl antreten wollten, wurden auf vielfache Weise daran gehindert. So wurde den Parteien beispielsweise die Registrierung unmöglich gemacht, oder ihre Mitglieder wurden willkürlich inhaftiert und gefoltert.

Recht auf Leben

In den Tagen nach der Präsidentschaftswahl, zwischen dem 28. Juli und 1. August 2024, protestierten Venezolaner*innen landesweit dagegen, dass Nicolás Maduro zum Sieger erklärt worden war. Mindestens 24 Menschen starben infolge des scharfen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende. In den meisten Fällen sind diese Tötungen möglicherweise als außergerichtliche Hinrichtungen zu betrachten. Bei zwei Opfern handelte es sich um Minderjährige. Berichten zufolge wurde auch ein Polizist getötet. Bis auf eine Ausnahme waren alle Todesfälle auf Schussverletzungen zurückzuführen. Menschenrechtsorganisationen machten Angehörige der Nationalgarde (*Guardia Nacional Bolivariana de Venezuela*) und der Polizei (*Policía Nacional Bolivariana*) sowie sogenannte *Colectivos* (bewaffnete zivile Gruppen, die der Regierung nahestehen) für die Tötungen verantwortlich.

Willkürliche Inhaftierungen und unfaire Gerichtsverfahren

Nach der Bekanntgabe der Präsidentschaftswahlergebnisse im Sommer 2024 griffen die Behörden zu noch schärferen Unterdrückungsmaßnahmen: Zahlreiche Menschen wurden willkürlich und aus politischen Gründen inhaftiert, gefoltert oder fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer. Offiziellen Angaben zufolge wurden im Nachgang des 28. Juli mehr als 2.000 Personen festgenommen. Im Oktober bestätigte die NGO *Foro Penal* mehr als 1.900 dieser Inhaftierungen und gab an, dass 129 der Inhaftierten minderjährig waren. Bis Ende des Jahres 2024 hatte die Regierung 1.369 Menschen auf freien Fuß gesetzt, während sie

15 weitere inhaftierte. Nach wie vor befanden sich jedoch Hunderte Menschen willkürlich in Haft, darunter drei Minderjährige.

Die Massenfestnahmen erfolgten ohne Haftbefehl, und keine*r der Betroffenen wurde bei der Begehung einer illegalen Handlung festgenommen. Oft fielen die Inhaftierten mehrere Tage lang dem Verschwindenlassen zum Opfer und hatten lediglich Zugang zu gerichtlich bestellten Rechtsbeiständen, denen es an Unabhängigkeit mangelte. Die Familien der Gefangenen erhielten tagelang keine Informationen über den Verbleib ihrer Verwandten, auch wenn es sich um inhaftierte Minderjährige handelte. Die Betroffenen wurden wegen allgemeiner terrorismusbezogener Straftaten angeklagt, und die Anhörungen fanden vor Antiterrorgerichten statt, die weder unparteiisch noch unabhängig waren.

Folter und andere Misshandlungen

Ein Bericht der UN-Ermittlungsmission zu Venezuela vom Oktober 2024 dokumentierte Foltervorwürfe von Personen, die im Vorfeld oder Nachgang der Präsidentschaftswahl inhaftiert worden waren.

Menschenrechtsorganisationen verurteilten Folter und andere Misshandlungen in den Haftanstalten, wo die Gefangenen u. a. geschlagen, bedroht oder mit Erstickungsversuchen und Elektroschocks gefoltert wurden. Frauen wurden häufig Opfer sexualisierter Gewalt.

Die Familienangehörigen von willkürlich inhaftierten Minderjährigen gaben an, dass ihre Verwandten gefoltert worden seien, um sie dazu zu bringen, vor laufender Kamera auszusagen, an den Protesten teilgenommen zu haben, und sich so selbst zu belasten. Oft wurden Minderjährige zusammen mit Erwachsenen in Haft gehalten.

Aus dem Frauengefängnis INOF (*Instituto Nacional de Orientación Femenina*) in Los Teques im Bundesstaat Miranda wurden Razzien gemeldet, bei denen gewaltsam die Habseligkeiten der Inhaftierten beschlagnahmt wurden. Im August 2024 wurden in den Sozialen Medien Videoaufnahmen geteilt, die außerhalb des Gefängnisses aufgenommen wurden und in denen zu hören ist, wie Frauen rufen, dass sie gefoltert werden. Auch aus der Haftanstalt *La Crisálida* in Los Teques, in der sich Frauen befanden, die wegen der Wahlproteste inhaftiert worden waren, drangen Vorwürfe über Misshandlungen nach draußen.

Unmenschliche Haftbedingungen

Die Bedingungen in den Gefängnissen verschlechterten sich auch 2024 weiter. Die Menschenrechtsorganisation *Observatorio Venezolano de Prisiones* berichtete, dass Insassen des Gefängnisses von Tocorón (Bundesstaat Aragua) täglich nur zwei Gläser Wasser erhielten. Polizeizellen wurden weiterhin dazu

genutzt, Personen dauerhaft in Gewahrsam zu halten. Die Gefängnisse waren überfüllt: Im September betrug die landesweite Belegungsrate 184 Prozent.

Wie die NGO *Una Ventana a la Libertad* berichtete, kam es in Untersuchungshafteinrichtungen nach wie vor zu Protesten wegen Verfahrensverzögerungen, Überbelegung und mangelnder medizinischer Versorgung.

Straflosigkeit

Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtliche Verbrechen blieben in Venezuela auch 2024 ungestraft. Die UN-Ermittlungsmission zu Venezuela zeigte sich sehr besorgt über die mangelnde Bereitschaft der Regierung, mutmaßliche Verantwortliche strafrechtlich zu verfolgen.

Nach Angaben der zivilgesellschaftlichen Organisation *Programa Venezolano de Educación Acción en Derechos Humanos* wurden im Juni 2024 sechs Angehörige der polizeilichen Sondereinheit FAES (*Fuerzas de Acciones Especiales de la Policía Nacional Bolivariana*) wegen einer fünf Jahre zurückliegenden außergerichtlichen Hinrichtung schuldig gesprochen. Für 95 Prozent der Tötungen bei friedlichen Demonstrationen zwischen 2014 und 2024 war jedoch immer noch niemand zur Rechenschaft gezogen worden.

In dem alljährlichen globalen Rechtsstaatlichkeitsindex des *World Justice Project* rangierte Venezuela 2024 auf dem letzten Platz (142).

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/venezuela-2024#section-23707772>